

18. Landesverbandstag des SoVD Nordrhein-Westfalen

Gerda Bertram als Landesvorsitzende bestätigt

Auf dem 18. ordentlichen Landesverbandstag haben die 134 Delegierten einen neuen Landesvorstand gewählt. Mit 70 Prozent (95 Stimmen) wurde Gerda Bertram als 1. Landesvorsitzende bestätigt. Die 63-Jährige aus Lemgo steht damit für die nächsten vier Jahre an der Spitze des 100 000 Mitglieder starken Verbandes. Zu ihren Stellvertretern wurden Eduard Roncari (Mülheim an der Ruhr) und Renate Falk (Essen) gewählt.

„Wir werden uns gemeinsam mit ganzer Kraft für die Interessen der älteren, behinderten und sozial benachteiligten Menschen einsetzen. Wir brauchen wieder mehr Verteilungsgerechtigkeit und ein starkes soziales Sicherungssystem in unserem Land“, sagte Gerda Bertram bei ihrer Antrittsrede. Dem neuen Geschäftsführenden Landesvorstand gehören außerdem Landesschatzmeister Rudi Kirschenmann (Niederkassel) und Frauensprecherin Gabriele Helbig (Dorsten) an. Rudi Kirschenmann wurde einstimmig gewählt und ist dem Verband durch seine langjährige Begleitung als Fachanwalt vertraut. Erneut in das Vorstandsteam gewählt wurde

Landesschriftführer Helmut Etkorn (Münster).

Die Delegierten wählten außerdem die Beisitzer des Landesvorstandes, die diesem mit Stimmrecht angehören. Dazu gehört auch Klaus-Dieter Skubich (Dortmund), der ebenfalls als Kandidat für den 1. Landesvorsitz angetreten war, jedoch nur 34 Stimmen der Delegierten erhielt. Weitere stimmberechtigte Beisitzer/-innen sind Winfried Jany und Jutta König (beide Bochum), Barbara Lazaris (Hagen), Anne-Dörthe Lorenz (Dortmund), Eberhard Lüttge (Bielefeld), Heinz Mrotzek (Minden), Marlies Mulder (Holzwickede), Helga Pehlke (Bonn), Gisela Steppke (Lüdenscheid), Wolfgang



Der neue Landesvorstand sowie Revisoren und Landesgeschäftsführer des SoVD NRW.

Still (Witten), Christian Wenzel (Lübbecke), Günter Wieske (Kirchlengern) und Angelika Winkler (Gütersloh).

Des Weiteren sprachen die Delegierten den bisherigen Revisoren ihr Vertrauen aus. Die Kasse prüfen weiterhin Gisela Nowak (Bochum), Margret Kohler (Rheda-Wiedenbrück), Petra Schmidt (Dortmund)

und Helmut Just (Bottrop). Sie gehören dem Landesvorstand mit beratender Stimme an. Das gilt auch für den Sprecher der Landesjugendleitung, Sascha Hagebecker (Witten). Die Berufung der Fachausschüsse des Landesverbandes steht noch aus. Sie wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des neuen Landesvorstandes erfolgen.

Gewählt wurden auch die Mitglieder der Landesschiedsstelle. Ihnen sitzt der ehemalige Landesgeschäftsführer Dieter Redda (Duisburg) vor, unterstützt vom stellvertretenden Vorsitzenden Heinz-Friedrich Strate (Dörentrup) sowie von den Beisitzern Reinhardt Heinen (Mönchengladbach) und Joachim Bartsch (Recklinghausen).

SoVD NRW wirbt für eine inklusive Gesellschaft

„Inklusion geht nicht ohne Geld“

Der Landesverband begann den 18. Landesverbandstag mit einer feierlichen Eröffnungsveranstaltung unter dem Motto „Gemeinsam für eine inklusive Gesellschaft“. Daran nahmen neben den Delegierten und Gästen aus den Kreis- und Bezirksverbänden Fachleute aus Politik, Sozialgerichtsbarkeit, Verwaltung und befreundeten Verbänden teil.

„Menschen mit Behinderung sollen nicht mehr außen vor, sondern mittendrin in unserer Gesellschaft sein. Darauf haben sie wie alle anderen Menschen ein Recht. Dies ist in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert. Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist aber noch ein weit“, sagte die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram. Sie appellierte daher an die Vertreterinnen und Vertreter aus Landesregierung und Landtag, sich für Teilhabe und Barrierefreiheit einzusetzen und so die Rahmenbedingungen für Inklusion zu schaffen.

Dr. Valentin Aichele vom Deutschen Institut für Menschenrechte verdeutlichte, dass die UN-Behindertenrechtskonvention der Maßstab für jegliche politische Gestaltung sei. „Es besteht Rechtsanwendungsbefehl. Kostenvorbehalte

im Sozialgesetzbuch sind nicht haltbar“, so Dr. Aichele. Es sei ein klarer Bruch der Konvention, wenn etwa pflegebedürftige und behinderte Menschen gegen ihren Willen in Einrichtungen untergebracht würden, nur weil dies billiger sei. Aichele forderte daher, dass alle Regelungen auf Bundes- und Landesebene auf ihre Vereinbarkeit mit der Konvention geprüft werden müssten.

Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen), Landesministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, beschrieb Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: „Inklusion geht nicht ohne Geld. Wir werden daher nicht alles gleich umsetzen können. Aber wir wollen die Dinge Schritt für Schritt anpacken.“ Dabei solle der Beteiligung der Betroffenen eine besonders wichtige Rolle zukommen.

SoVD-Präsident Adolf Bauer kritisierte, dass seitens der Bundesregierung wenig getan werde, um die Behindertenverbände einzubeziehen, obwohl sie dazu nach der Konvention verpflichtet sei. Der Inklusionsbericht der Regierung erwecke den falschen Eindruck, dass das geltende Recht bereits weitestgehend den Anforderungen der Konvention entspreche. Das sei aber nicht der Fall. Bauer erklärte: „Die besondere Betroffenheit der behinderten Menschen von Ausgrenzung wird nicht angesprochen. Weder wird die hohe Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter angemessen thematisiert noch werden die Einschnitte in der sozialen Sicherung für behinderte Menschen angesprochen. Die halbherzige Behandlung der Konvention ist ein beschämendes Zeugnis für die Bundesregierung.“

Sonderbeitrag

Liebe Mitglieder,

mehrere Jahre schon plagen den Landesverband finanzielle Probleme, da die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen nicht mehr ausreichen, um die Kosten für die Beratung der Mitglieder und die Organisation von Veranstaltungen zu decken. Diese negative Entwicklung gründet auf vielen Faktoren. Mit Einführung des Partner- und Familienbeitrags 2002 erfolgte ein deutlicher Rückgang der Einzelmitgliedschaften und somit auch der Beitragseinnahmen. Zwischen 2002 und 2010 betrug die Inflationsrate 14,5 Prozent. In diesem Zeitraum stiegen selbstverständlich auch die Sach- und Personalkosten des SoVD. Eine Steigerung des Beitragsaufkommens erfolgte jedoch nicht, sodass die höheren Kosten nicht ausgeglichen werden konnten. Gleichzeitig wurde die personelle Besetzung der Geschäftsstellen weiter ausgebaut, insbesondere in fachlicher Hinsicht erfolgte eine qualitative Verbesserung der Beratungsarbeit durch die Einstellung von Juristen.

Die professionelle Beratung unserer Mitglieder ist uns sehr wichtig. Damit diese weiterhin in gewohntem Umfang geleistet werden kann, ist eine moderate Beitragsangleichung an die steigenden Kosten unumgänglich. Der Landesvorstand hat deshalb die Einführung eines Sonderbeitrags zum 1.1.2012 beschlossen. Der Monatsbeitrag erhöht sich für Einzelmitglieder um 50 Cent, beim Partnerbeitrag um 70 Cent und beim Familienbeitrag um 90 Cent. Dieser Sonderbeitrag gleicht zwar nicht die gesamte Inflationsrate aus, fängt aber einen großen Teil der bisher ungedeckten Kosten auf und gibt dem Landesverband wieder Handlungsspielraum. Wir bitten um Verständnis für diese unumgängliche Maßnahme und hoffen auf Ihre Solidarität sowie weitere Treue und Verbundenheit zum SoVD.

Der Landesvorstand des SoVD NRW